

FRAUENPOLITISCHE FACHTAGUNG IT UND ARBEITSWELT: AUS DAUER-ERREICHBARKEIT DARF KEINE AUSBEUTUNG WERDEN

Für einen „gesunden Umgang“ mit den modernen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Arbeitswelt hat dbb Chef Klaus Dauderstädt geworben. „Vereinbarte Arbeitszeit darf nicht durch moderne IT-Vernetzung umgangen und gnadenlos überzogen werden“, forderte Dauderstädt bei der 12. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung am 12. April 2016 in Berlin.

„Die viel zitierte permanente Erreichbarkeit verwischt mit der unwiderstehlichen Leichtigkeit des ‚Klings‘ beim Eintreffen einer Mail oder Nachricht auf dem Handy erbarmungslos die Grenze zwischen Freizeit und Beruf. Das dezimiert die Erholungs- und Entspannungsphasen, die wir zur Bewältigung des Arbeitsstresses brauchen und auf deren Inanspruchnahme niemand verzichten sollte“, so der dbb Bundesvorsitzende weiter. „Das zwingt vielleicht nicht gleich zu Schutztatbeständen in Gesetzen oder Dienstvereinbarungen, setzt aber eine Führungskultur voraus, die wir nicht überall vorfinden. Wir sind ja gerne vernetzt, aber nicht rund um die Uhr – das wäre schlicht Ausbeutung.“ Die neue Flexibilität sei begrüßenswert, betonte Dauderstädt, ihr Mehrwert müsse für alle Beteiligten ausgeschöpft werden: Beschäftigten gerade mit Familienpflichten sollten, wo vom Betriebsablauf her machbar, Alternativen wie Heim- und Telearbeit eröffnet werden, ebenso wie das auf die Lebensarbeitszeit insgesamt abstellende Instrument der Flexibilisierung durch Langzeit- oder Lebensarbeitszeitkonten. „Die von Arbeitgeberseite bisher strikt abgelehnte Kumulation und Kombination angesammelter Zeiten vor dem anstehenden Eintritt in den Ruhestand ist ein alter Hut, der nicht auf moderne Köpfe passen kann“, stellte der dbb Chef klar. Dauderstädt machte auch deutlich, dass „der IT-Einsatz nicht zur Entwertung der geleisteten Arbeit führen darf. Wurde früher ein Rentenbescheid mit der Hand vorberechnet, darf diese Funktion heute nicht niedriger eingestuft werden, weil das Programm alles automatisch berechnet. Am Ende steht nach wie vor ein wichtiger Verwaltungsakt, den der Sachbearbeiter auf seine Richtigkeit zu prüfen und zu verantworten hat.“

„Der digitale Wandel der Arbeitswelt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe,“ betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und Gastgeberin der Frauenpolitischen Fachtagung. „Diejenigen, die für einen funktionsfähigen Staat und das Gemeinwesen sorgen, müssen in der Debatte mitgedacht werden. In diesem Bereich arbeiten vor allem Frauen. Sie stellen sich – ebenfalls zu Recht – die Frage: Was wird aus mir und meiner Arbeit in den nächsten zehn, 15, 20 Jahren? Die betroffenen Akteure aus Wirtschaft, Industrie, Politik und aus dem öffentlichen Dienst müssen sich dieser Herausforderung gleichermaßen stellen,“ forderte die Vorsitzende. Dazu müssten auch die bestehenden gesetzlichen Mitbestimmungsregeln an die Erfordernisse einer zunehmend digitalisierten und entgrenzten Arbeitswelt angepasst werden. „Die Beschäftigten und deren Vertretungen müssen von Anfang an in die Weiterentwicklung der Arbeitsprozesse einbezogen werden.“ Darüber hinaus warnte Wildfeuer davor, dass neue Technologien, die die Arbeit vermeintlich erleichterten, für ältere Beschäftigte zur Feuerprobe werden könnten: „Wer nicht mehr mitkommt, wird schnell von den jüngeren Kolleginnen und Kollegen abgehängt.“

Umso dringender müssen wir diese Beschäftigtengruppe an die neuen Technologien heranführen. Passgenaue Weiterbildungen und gezielte Schulungen müssen die Beschäftigten dort abholen, wo sie mit ihrem digitalen Knowhow gerade stehen. Es wäre fatal für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes, gerade die erfahrenen Beschäftigten und deren Wissen durch den digitalen Wandel zu früh zu verlieren“.

Bei der 12. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung analysieren und diskutieren am 12. April 2016 in Berlin unter der Überschrift „Arbeit 4.0“ Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt. Was bedeutet „Arbeit 4.0“ für die Organisationsstrukturen des öffentlichen Sektors?

Welche Auswirkungen haben die dynamischen Veränderungen auf die Karriereentwicklung weiblicher Beschäftigter? Wie steht es um die Fürsorgepflicht der Vorgesetzten und wo können und müssen Gewerkschaften aktiv werden?

Redaktion: Cornelia Krüger

Herausgeber: dbb Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin